

**Manuskript: Redebeitrag Maria Dussing-Schuberth,
Vorstand Saarländischer Flüchtlingsrat
Es gilt das gesprochene Wort.**



Mahnwache 19.07.2018 Bunt statt Braun Seenotrettung/Aufrüstung zum Ankerzentrum

Der Saarländische Flüchtlingsrat begrüßt die heutige Mahnwache. Es ist wichtig, angesichts der humanitären Katastrophe im Mittelmeer nicht zu schweigen oder zur Tagesordnung überzugehen. Fast täglich ertrinken Menschen, die gerettet werden könnten.

Uns allen ist klar: Die Zeiten, in denen man mit der Unterstützung von Flüchtlingen punkten konnte, sind vorbei.

Der Grund für diese Mahnwache und warum wir uns an dieser Veranstaltung beteiligen, ist wohl schon eine Spitze dieser höchst traurigen Entwicklung: Nicht Rettung von Geflüchteten, nicht Willkommenskultur sind heute Eckpunkte der Asylpolitik, weder Familienzusammenführung noch Integration sind heute politisch gewollt -

Nein, das gesellschaftliche Klima in Deutschland und Europa wird immer rauer.

Unsere Werte werden neu definiert: Der Begriff „Menschlichkeit“ wird durch „Grenzsicherung“ ersetzt, der Begriff „Asyl“, was eigentlich „Aufnahme und Schutz“ bedeutet, wird zur „Asylwende-Politik“ – wird also zu einer „kein Schutz – keine Aufnahme-Politik“!

Unsere Sprache orientiert sich nicht mehr an Humanität, nein - es wird heute sogar von „Asyltourismus“ gesprochen anstatt zu betonen, dass Flucht eine globale, eine weltweite Tatsache ist und einzig und allein aus Not entsteht. Mehr als 68 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Sie flüchten vor Krieg, islamistischem Terror, Klimawandel - also der Zerstörung ihrer Lebensbedingungen. Niemand flieht freiwillig - Flucht ist kein Verbrechen.

Wir vom Flüchtlingsrat stehen dazu!

Jeder Mensch hat das Recht, sich dem Wahnsinn des Krieges oder der sozialen Perspektivlosigkeit zu entziehen. Ebenso hat jeder Mensch das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Das darf kein Privileg sein.

Dass wir in Deutschland jetzt ernsthaft in Kauf nehmen, dass wir Menschen lieber ertrinken lassen als sie zu retten, zeigt, dass wir die Menschenwürde dringend wiederherstellen und noch stärker als bisher verteidigen müssen. Wir müssen den öffentlichen Druck erhöhen!

Die europäische Abschottungs- und Abschreckungspolitik an den Außengrenzen – auch durch die Kriminalisierung der Seenotretter - wird im Innern der europäischen Länder fortgesetzt: Flüchtlingslager, Abschiebegefängnisse oder Transitzentren, Abschiebungen – Das sind wesentliche Bestandteile der deutschen Flüchtlingspolitik.

Dagegen wehren wir uns. Das lehnen wir ab.

Mit der AfD im Rücken haben heutzutage in der Flüchtlingspolitik auch im Saarland Abschiebung und Abschottung Konjunktur.

Das beweist die Entscheidung des saarländischen Ministerpräsidenten, das Flüchtlingslager in Lebach zu einem sog. AnKER-Zentrum hochzurüsten. Das Wörtchen „AnKER“ steht für Ankunft, Entscheidung und Rückführung.

Gerade der Begriff „Anker“ suggeriert etwas Positives; dort, wo ich ankern kann, bin ich sicher – aber in den geplanten Ankerzentren stehen Abschottung und Isolation im Vordergrund!

Ankerzentren sind keineswegs eine Erfindung von Horst Seehofer. Die Verabredung dazu wurde im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU festgehalten.

Auch wenn dort vieles noch nicht so konkret formuliert ist, sind wichtige Punkte im Masterplan nachzulesen:

Geflüchtete sollen in diesen Zentren zwangsweise bis zu 18 Monaten untergebracht werden, vom Rest der Gesellschaft isoliert, inklusive Arbeitsverbot und Sachleistungsprinzip. Schulpflicht für Kinder ist nicht vorgesehen. Der so wichtige Zugang zu unabhängigen Beratungsstrukturen und juristischem Beistand wird strukturell deutlich erschwert, womit der grundgesetzlich garantierte Zugang zum Recht für Geflüchtete faktisch ausgehebelt wird.

Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) sagt: „Das machen wir“ und bietet an, das Lager Lebach zu einem Anker-Zentrum hochzurüsten. Unterstützung findet er in Berlin dabei auch von CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Der Saarländische Flüchtlingsrat sagt:
Ankerzentren sind integrationsfeindlich, verstärken die Isolation und Fremdbestimmung von Geflüchteten – ganz abgesehen davon führen sie die Leistungen von Wohlfahrtsverbänden, NGOs und ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen ad absurdum.

Der Saarländische Flüchtlingsrat sagt: Nichts würde durch ein solches Anker-Zentrum besser, vieles aber noch schlechter als es jetzt schon im Flüchtlingslager Lebach ist. Es gibt für diese Zentren keine vernünftige Rechtfertigung. Die Ideen dazu wurzeln ausschließlich in einer hysterischen und rechtspopulistisch aufgeladenen gesellschaftlichen Diskussion über „illegale Masseneinwanderung“.

Deswegen fordern wir mit vielen anderen Organisationen der saarländischen Zivilgesellschaft:
KEIN SAARLÄNDISCHES ANKER-ZENTRUM!

Über eines müssen wir uns im Klaren sein:

Die Situation im Lager Lebach ist jetzt schon für viele Geflüchtete ein Alptraum. Seit 2004 hat der Saarländische Flüchtlingsrat immer wieder in Kampagnen die Situation im Flüchtlingslager Lebach als menschenunwürdig kritisiert.

Das Leben vollzieht sich dort auf engstem Raum.

Es gibt keine Privatsphäre.

Duschen kann man nur in Gemeinschaftsduschen und zu bestimmten Zeiten.

Es gilt das Sachleistungsprinzip, konkret heißt das: Dauerversorgung durch Lebensmittelpakete.

Für viele Geflüchtete ist das Lager Lebach zur Daueraufenthaltsstätte geworden.

Es kann und darf nicht sein, dass dort Menschen 10 und mehr Jahre in vollkommener Perspektivlosigkeit leben müssen. Dafür ist ausschließlich die saarländische Landesregierung verantwortlich.

Für das Lager Lebach gilt auch in der jetzigen Form: Massenlager machen krank, körperlich wie psychisch. Jede Integration wird verhindert, was wohl politisch gewollt ist.

Auch deswegen fordert der Saarländische Flüchtlingsrat seit vielen Jahren:

WOHNUNGEN STATT LAGER LEBACH – GELD STATT SACHLEISTUNGEN

Vor kurzem sagte der Bürgermeister der sizilianischen Stadt Palermo Leoluca Orlando zu seiner Vision einer interkulturellen Stadt: „Palermo ist eine Stadt, wo ich als Bürgermeister auf die Frage –Wie viele Migranten sind nach Palermo gekommen –nicht antworte: 80, 90 oder 100.000. Ich antworte: Keiner! Wer nach Palermo kommt, wird Palermitaner“.

Können wir nicht dieses entspannte, gelassene und irgendwo doch auch großartige Selbstverständnis übernehmen und sagen: „Wer ins Saarland kommt, wird Saarländer!“
Könnten nicht auch Stadträte bei uns eine solche Vision praktizieren, z.B. die Bürgermeisterinnen von Saarbrücken oder Blieskastel oder Bürgermeister anderer Kommunen?

Zusammenfassend kann man hervorheben:

Wir vom SFR plädieren für eine asylpolitische Abrüstung, für Rettung und Aufnahme von Bootsflüchtlingen, für eine Politik, die sich an Menschenrechten, Selbstbestimmung und dem Prinzip einer offenen Gesellschaft orientiert.

Wir wollen sichere Häfen - ohne Kriminalisierung der Seenotrettung!

Wir wollen keine Mauer um Europa, also eine offene Gesellschaft - ohne Rassismus und Abschottung!

Wir wollen einfach nur:

Menschenwürdige Verhältnisse, Selbstbestimmung für alle auf der Grundlage der Menschenrechte!